

Die Stufen unseres Rentenmodells:



Bündnispartner



Familienbund der Katholiken (FDK)
Bundesgeschäftsstelle
Littenstraße 108
10179 Berlin
Telefon: (030) 326 756-0 / Fax: -20
E-Mail: info@familienbund.org
Homepage: www.familienbund.org



Katholische Arbeitnehmerbewegung
Deutschlands e. V. (KAB)
Bernhard-Letterhaus-Straße 26
50670 Köln
Telefon: (0221) 7722-0 / Fax: -135
E-Mail: info@kab.de
Homepage: www.kab.de



Katholische Frauengemeinschaft
Deutschlands e. V. (kfd)
Bundesverband
Prinz-Georg-Straße 44
40477 Düsseldorf
Telefon: (0211) 44992-0 / Fax: -78
E-Mail: info@kfd.de
Homepage: www.kfd.de



Katholische Landvolkbewegung
Deutschlands (KLB)
KLB Bundesstelle
Drachenfelsstraße 23
53604 Bad Honnef
Telefon: (02224) 71 031 / Fax: 78 971
E-Mail: bundesstelle@klb-deutschland.de
Homepage: www.klb-deutschland.de



Kolpingwerk Deutschland
Sankt-Apern-Straße 32
50667 Köln
Telefon: (0221) 20 701 / Fax: -149
E-Mail: info@kolping.de
Homepage: www.kolping.de



Erscheinungsdatum: Februar 2017

Altersarmut verhindern – jetzt die Weichen für die Zukunft stellen

Die Forderungen
des Rentenbündnisses
der katholischen Verbände





Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft darauf vertrauen können, dass das solidarische Alterssicherungssystem Deutschlands ihnen eine existenzsichernde Altersversorgung oberhalb der Grundsicherung bietet.

Heute schon sind Bezieher von Niedriglöhnen, Erwerbsgeminderte und Langzeitarbeitslose sowie Menschen, die wegen Pflege und Kindererziehung langfristig auf Erwerbsarbeit verzichten oder diese reduzieren, von Altersarmut bedroht. Vom Jahr 2009 bis zum Jahr 2030 soll das rechnerische Rentenniveau von 52 % auf 43 % sinken, also um mehr als ein Sechstel*. Damit wächst die Gefahr von Altersarmut weiter an.

Die konkrete Altersrente Einzelner hängt immer von den Erwerbs- bzw. Lebensverläufen ab. Hier muss es Aufgabe des Systems sein, neben der Erwerbsarbeit auch Erziehungs- und Pflegezeiten fair zu berücksichtigen und Risiken wie Krankheit und Arbeitslosigkeit solidarisch auszugleichen.

* Das **Absinken des Rentenniveaus** sagt dabei nichts über die individuelle Altersrente Einzelner aus, sondern stellt lediglich eine statistische Größe dar für das Verhältnis der „Standardrente“ zum aktuellen Durchschnittseinkommen. Die Standardrente beträgt genau 45 Entgeltpunkte = 45 Jahre Erwerbsarbeit immer zum jeweiligen Durchschnittsverdienst aller Versicherten von derzeit 3.022 Euro brutto pro Monat. Die Entwicklung des Rentenniveaus ist auch gekoppelt an das Verhältnis von Rentenbeziehern zu Beitragszahlern. Deshalb ist für die Zukunft eine entscheidende Größe der Anteil der Erwerbsbevölkerung, der Beiträge an die gesetzliche Rentenversicherung zahlt.

Die Katholische Arbeitnehmerbewegung Deutschlands (KAB), die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd), der Familienbund der Katholiken (FDK), das Kolpingwerk Deutschland und die Katholische Landvolkbewegung Deutschlands (KLB) haben sich seit mehr als 15 Jahren mit diesen Fragen auseinandergesetzt und ein eigenes durch das Münchner ifo-Institut geprüfetes Modell zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung entwickelt (vgl. www.buendnis-sockelrente.de).

Mit diesem Modell bringen die katholischen Verbände folgende Forderungen zur Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung in die aktuelle politische Diskussion ein:

- 1** Wir fordern die **Existenzsicherung im Alter durch eine Sockelrente**: Wir wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger im Alter unabhängig von ihren Erwerbsverläufen innerhalb des Systems der gesetzlichen Rentenversicherung durch eine existenzsichernde Sockelrente abgesichert sind. Dieser Sockel soll durch Beiträge aller Einwohnerinnen und Einwohner auf ihre Einkommen und – wie bisher – einen ergänzenden Bundeszuschuss finanziert werden. Wir wollen durch Sockelrente und das weiterhin gezahlte Wohngeld verhindern, dass immer mehr Menschen im Alter in die Grundsicherung (mit Bedürftigkeitsprüfung) fallen.
- 2** Wir wollen, dass alle **zusätzlich zum Sockel** entsprechend ihrer Beiträge durch Erwerbsarbeit, Kindererziehung und Pflege individuelle Rentenanwartschaften bekommen. Diese sollen nicht – wie heute in der Grundsicherung – mit dem Sockel verrechnet werden.



- 3** Wir fordern eine deutliche **Aufwertung der Rentenanwartschaften für die Pflege von Angehörigen**. Diese dürfen nicht mit der Inanspruchnahme von Pflegeleistungen verrechnet werden. Die Pflege von Angehörigen muss auch nach Eintritt ins Rentenalter noch zu einer Rentensteigerung führen.
- 4** Wir fordern die **bessere Anerkennung von Kindererziehungszeiten** in der Rente. In unserem Rentenmodell sind sechs Erziehungsjahre vorgesehen. Für vor 1992 geborene Kinder sollte unabhängig davon die Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rente vorab auf drei Jahre erhöht werden. Das muss durch Steuermittel finanziert werden.
- 5** Wir fordern den **Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge**. Bei Arbeitgeberwechsel müssen die Ansprüche aus der betrieblichen Altersvorsorge erhalten bleiben. Die zusätzliche private kapitalgedeckte Altersvorsorge muss ebenfalls ausgebaut werden. Dabei muss der Staat dafür sorgen, dass entsprechende Produkte Transparenz und Sicherheit bieten. Bezieher niedriger Einkommen müssen eine Förderung erhalten, damit sie sich die Beiträge für die ergänzende Vorsorge leisten können.
- 6** Wir fordern die **Erweiterung des Versichertenkreises in der gesetzlichen Rentenversicherung**. Alle Erwerbstätigen, die nicht obligatorisch abgesichert sind, müssen in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden. Darüber hinaus ist anzustreben, die gesetzliche Rentenversicherung zu einer allgemeinen Erwerbstätigenversicherung auszubauen.